

Die entsicherte Gesellschaft im Blick – Heitmeyer und die deutschen Zustände*

Naika Foroutan

Der Aufstieg von 16 rechtspopulistischen Parteien mit eindeutig antimuslimischen Programmen in europäische Parlamente und teilweise Regierungen verdeutlicht die gesellschaftspolitischen Ängste und Abschottungstendenzen gegenüber sich heterogenisierenden Gesellschaften in Europa. Die Rhetorik der Abgrenzung kreist im Zuge der „Kernideologie einer ethnisch-kulturell homogenen Volksgemeinschaft“ (88) zunehmend um das Themenfeld Islam und Muslime, auch wenn Rechtspopulismus nicht mit Rechtsextremismus identisch ist, sondern eher als Strategie das Repertoire unterschiedlichster rechtskonservativer, -radikaler oder -extremer Parteien beliefert, bis hin zu einem „Extremismus der Mitte“ (89). „Blickt man auf ein Jahrzehnt rechtspopulistischer Aktivitäten in Europa zurück, so ist die zunehmende Bedeutung von Islamfeindlichkeit als Element des Rechtspopulismus kaum zu übersehen“ (91), konstatieren Anna Klein und Wilhelm Heitmeyer in ihrem Beitrag zur Entwicklung rechtspopulistischer Orientierungen im letzten Jahrzehnt. In Deutschland ist ein stetiger Anstieg antimuslimischer Ressentiments gekoppelt mit Überfremdungs- und „Islamisierungsängsten“ nachweisbar, was wir in dieser Deutlichkeit vor allem durch die Arbeiten von Heitmeyer, Zick und Küppers in den letzten zehn Jahren entlang der Begriffe Islamophobie und Islamfeindlichkeit wissen. Beide Begriffe bringen ihre Schwierigkeiten mit sich: So wird mit dem Begriff „Phobie“ das Denken in Vorurteilsstrukturen indirekt pathologisiert und seiner kognitiven Verantwortung beraubt. Und auch „islamfeindlich“ bzw. „Islamfeindlichkeit“ erscheinen nur bedingt geeignet, ein Phänomen zu erfassen, bei dem es eben nicht um eine ressentimentfreie, wenn auch emotional starke und durch den Bezug auf säkulare Werte der Aufklärung motivierte Religionskritik geht, sondern um gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Nicht „der Islam“ steht im eigentlichen Zentrum der Vorurteilsbildung, er ist vielmehr Vehikel zur Abwertung einer als homogen konstruierten Gruppe „der Muslime“, weswegen andere AutorInnen Begriffe wie „antimuslimischer Rassismus“ als eindeutiger vorschlagen (Shooman 2012). Auch der Vorwurf, die „Deutschen Zustände“ perpetuierten durch ihre Items eine als homogen konstruierte Gruppe „der Muslime“, ist durchaus relevant und auf einer inhaltlichen Ebene sind die Items für die Erfassung dessen, was „Islamophobie“ bzw. „Islamfeindschaft“ ausmacht, nicht immer konsistent. So ist die Kritik, dass einer Zustimmung zu der Aussage „Für mich sind die verschiedenen islamischen Glaubensrichtungen kaum zu unterscheiden“ bzw. der Ablehnung des Satzes „Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht“, nicht zwangsläufig ein Ressentiment gegenüber als muslimisch identifizierten Menschen zugrunde liegen, nachvollziehbar. Der große Verdienst dieser Studie ist aber, dass sie auf Kritik und gesellschaftlich veränderte Verhältnisse reagiert und das Phänomen der Islamfeindlichkeit wesentlich deutlicher über

* Symposiumsbeitrag zu: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp 2012, 336 S., kt., 15,00 €

Aussagen nach der vermeintlichen Überfremdung der Gesellschaft durch „die Muslime“ oder der Forderung nach einem Zuwanderungsverbot für Muslime erfasst und in die Öffentlichkeit kommuniziert. Sie weist deutlich auf ansteigende Abschottungstendenzen innerhalb der deutschen Gesellschaft hin, z. B. durch den Verweis darauf, dass 53% der Befragten aktuell Probleme damit hätten, in eine Gegend zu ziehen, in der viele Muslime leben – eine signifikante Steigerung gegenüber 2004 (20). „Zudem hat die Islamfeindlichkeit im linken politischen Milieu weiter kontinuierlich zugenommen, während sie im rechten Milieu stabil auf einem hohen Niveau verharrt.“ (20) Im vorliegenden Band wird in dem Beitrag von Jürgen Leibold, Stefan Thörner, Stefanie Gosen und Peter Schmidt Bilanz gezogen (177ff.). Erstaunlicherweise lässt sich aus den Ergebnissen seit 2003 kein klarer Trend in Bezug auf Islamfeindlichkeit in der deutschen Gesellschaft ablesen. Positiv zu vermerken ist der Rückgang in der wahrgenommenen kulturellen Distanz: Die Aussage „Die muslimische Kultur passt durchaus auch in unsere westliche Welt“ lehnten 2003 noch über 70, 2011 „nur“ noch unter 60 Prozent ab (185).

Leibold et al. verglichen die Zahlen mit den Zustimmungswerten zu Antisemitismus – auch hier sind die Werte hoch, aber dennoch niedriger als die Islamfeindlichkeit. „An den Äußerungen Sarrazins wird zudem deutlich, dass abwertende Einlassungen gegenüber Muslimen und dem Islam in Deutschland weit weniger stark tabuisiert sind als antisemitische Aussagen.“ (178) Ein Rückgang kann zwar beim klassischen Antisemitismus beobachtet werden, gleichzeitig sind die Zustimmungswerte zu sekundärem Antisemitismus sowie zu NS-vergleichender Israelkritik stagnierend bzw. ansteigend. Beide Phänomene, Antisemitismus und Islamfeindschaft, werden von den Autoren – ähnlich wie es auch Zick, Hövermann und Krause in ihrem Aufsatz tun – mit Hilfe von sozialer Dominanz und autoritärer Aggression als erklärenden Variablen analysiert (187ff.). Die gemeinsame Betrachtung von muslimfeindlichen und antisemitischen Einstellungen kann in der vergleichenden Vorurteilsforschung immer noch als Novum gelten. Theoretische Traditionen wie politische Konflikte spielen eine Rolle für die bedauernde Tatsache, dass diese Ideologien häufig gegeneinander diskutiert werden. Die Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer hat stets beide Phänomene ernst genommen.

Der Beitrag von Mansel / Spaiser widmet sich antisemitischen Einstellungen bei Jugendlichen aus muslimisch geprägten Sozialisationskontexten und bezieht in die Analyse somit Rassismuserfahrungen mit ein (220ff.). Hier ist dem Projekt anzurechnen, dass sie ein weiterhin politisiertes Thema angehen und den Blick auf antisemitische Einstellungen auch bei arabisch-muslimisch geprägten Communities in der Einwanderungsgesellschaft lenken. Das Konzept der „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (GMF) hilft bei der Analyse, erkennt es doch an, dass es aufgrund der unterschiedlichsten Verflechtungen von Individuen in verschiedene soziale Hierarchien und Herrschaftsverhältnisse keine binären gesellschaftlichen Gegensatzpaare gibt, anhand derer Macht reproduziert wird. Somit können also auch muslimische Jugendliche mit Rassismus-Erfahrung antisemitisch eingestellt sein.

Die vielleicht weitreichendste Erkenntnis für die soziale Vorurteilsforschung ist der empirische Nachweis, dass soziale Erwünschtheit in hohem Maße das Antwortverhalten beeinflusst. Zwar wurde dies theoretisch in der Forschungsliteratur oft erfasst, in der vorliegenden Studie allerdings systematisch in die Analyse mit einbezogen. In der Konsequenz, und das merken die AutorInnen selber an, bedeutet das für sozialwissenschaftliche Daten zu Vorurteilen wie auch für die GMF-Langzeitstudie selber, dass der Bevölkerungsanteil, der zu menschenverachtenden Einstellungen tendiert, vermutlich noch höher ist als in Studien erfasst wird (179f.).

Heitmeyer selbst bezeichnet die vergangenen zehn Jahre als „entsichertes Jahrzehnt [...] im Sinne einer fehlenden sozialen Vision [...], in dem auch die schwachen sozialen Gruppen sowie solche mit spezifischen Lebensstilen eine Ideologie der Ungleichwertigkeit sowie psychische und physische Verletzungen erfahren haben“ (19). Zu diesen sozialen Gruppen mit spezifischen Lebensstilen gehören auch die 4,2 Millionen Muslime in Deutschland, von denen eine relativ große soziale Gruppe aufgrund ihrer Migrationsbiographie gleichzeitig als sozial schwach bezeichnet werden kann. Besorgniserregend ist, dass sich verstärkt Trends der kulturalistischen Abgrenzung innerhalb der bürgerlichen Mitte beobachten lassen mit einer Eingruppierung sozialer Gruppen nach Nützlichkeit, Verwertbarkeit und Effizienz. Dies wurde nicht zuletzt in den Debatten, die rund um das Buch von Thilo Sarrazin seit 2010 geführt wurden, deutlich – und der schonungslose Verweis darauf ist einer der Hauptverdienste der „Deutschen Zustände“. Der große Verdienst von Heitmeyer und Kollegen ist es sicherlich, das Phänomen der Ausgrenzung von sozial schwächeren Gruppen und den „Anderen“ als das beschrieben zu haben, was es ist: Kein Phänomen des rechten Randes, sondern ein breites gesellschaftliches Phänomen, das in Entsicherungsängsten begründet ist und mit dem Phänomen der Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Sphären einhergeht.

Die Langzeitstudie, die mit dem vorliegenden Band beendet wird, stellt dabei auch einen Paradigmenwechsel in der deutschen Vorurteils- und Rechtsextremismusforschung seit der Wiedervereinigung dar: Nach dem Anstieg an virulentem Rassismus, zugespielt in den Pogromen von Mölln, Solingen, Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda, richtete sich der Blick der Gesellschaft auf ihren rechten Rand. Zu Recht wurden Bildungs- und Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus ausgerufen, Lichterketten organisiert und im Jahr 2000 von Gerhard Schröder zum „Aufstand der Anständigen“ aufgerufen. Gleichzeitig wurde zunehmend deutlich, dass der Nährboden für diese gewaltsamsten Ausprägungen menschenverachtender Denkweisen auch in der Mitte der Gesellschaft zu suchen war. Wilhelm Heitmeyer und seinem Forscherteam ist es im Verlauf des letzten Jahrzehnts gelungen, diese Erkenntnis empirisch und theoretisch mit einem umfassenden Blick auf die sozio-ökonomischen, sozial- und individualpsychologischen Grundlagen zu grundieren. Und nicht nur das: Indem Rassismus und Fremdenfeindlichkeit von ihnen eingebettet werden in ein Bezugssystem von Ungleichheitsideologien, wird deutlich, dass man nicht von einem isolierten Phänomen sprechen kann. „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ stellt sich als ein komplexes Bündel unterschiedlichster Ideologien dar, die sich gegenseitig stützen können und denen die Abwertung von so bezeichneten „schwachen Gruppen“ gemein ist.

Zwei Beobachtungen sind hierbei besonders bemerkenswert. Erstens: Im Zeitverlauf können die Forscher deutlich den Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Krisenwahrnehmung und Abwertungstendenzen nachweisen. Zweitens: nicht diejenigen, die besonders von gesellschaftlichen Krisen und Prekarisierung betroffen sind, zeigen auch kontinuierlich das höchste Ausmaß an gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Vielmehr lässt sich konstatieren, dass wir es zunehmend mit einem „Klassenkampf von Oben“ (siehe auch Gunter Hofmanns Beitrag, 42ff.) und einer „Verrohung des Bürgertums“ (34f.) zu tun haben.

Heitmeyer gibt zu Beginn (Kap. 1, 14ff.) einen Überblick über die allgemeine Entwicklung der Krisenwahrnehmung im Zeitverlauf, sowie parallel dazu über die Ausprägungen der unterschiedlichen Konstrukte der GMF für verschiedene Einkommensgruppen. Zunächst sticht besonders ins Auge, dass die Krisenwahrnehmung, hier gemessen als negati-

ve Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, bis 2007 kontinuierlich sinkt (Abb. 2, 23). In den Jahren 2008 und 2009 erreicht die Krisenwahrnehmung einen Höhepunkt, um danach wieder auf das positive Niveau von 2007 zu fallen. Dieser „Peak“ in der allgemeinen gesellschaftlichen Verunsicherung macht sich in der Messung fast aller Konstrukte der GMF bemerkbar, wenn auch teilweise mit Verzögerung: Es lassen sich kurzfristige Anstiege in der Abwertung von Langzeitarbeitslosen, der verstärkten Betonung von Etabliertenvorrechten und erhöhte Werte von Sexismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Islamfeindlichkeit messen. Zwei Beiträge im vorliegenden Band befassen sich mit den Effekten der objektiven ökonomischen Lage sowie insbesondere der subjektiven Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Prekarität auf das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit: Zum einen der Beitrag der Autoren Grau, Gross und Reinecke (129ff.) und die Analyse von Mansel, Christ und Heitmeyer (105ff.).

Grau et al. legen mit Hilfe einer Analyse von Kontexteffekten überzeugend dar, wie das bestehende Niveau an Jugendarbeitslosigkeit zunächst in einem intersubjektiven Gefühl der Benachteiligung mündet, sodann zu einem kollektiven Gefühl sozialer Orientierungslosigkeit führt und schließlich in einer Erhöhung individueller Fremdenfeindlichkeit verarbeitet wird (142).

Mansel et al. können zeigen, dass die subjektiv wahrgenommene Prekarisierung auch im Zeitverlauf für dieselben Befragten (Paneldesign) die nach der Desintegrationstheorie zu erwartenden Effekte der Abwertung Anderer aufweist: Je prekärer die eigene Lage am Arbeitsmarkt wahrgenommen wird, desto stärker das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit (Abb. 6, 119). Ebenso zeigt sich, dass die Wahrnehmung der Prekarität sich auch aus einem Gefühl mangelnder sozialer Unterstützung speist und somit fremdenfeindliche Tendenzen verstärkt (ebenda).

Diese Ergebnisse machen den Zusammenhang zwischen strukturellen Ursachen, subjektiver Krisenwahrnehmung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit deutlich. Kritisch anzumerken bleibt aber, dass das von Heitmeyer (dankenswerterweise) benannte Phänomen der „verrohenden Bürgerlichkeit“ in den empirischen Einzelauswertungen in diesem Band nicht detailliert untersucht und erklärt wird.

Betrachtet man wiederum die Krisenwahrnehmung im Zeitverlauf und den Wandel in GMF für die unterschiedlichen Einkommensgruppen wird erschreckend deutlich, was Heitmeyer auf S. 35 beschreibt: „Die Entkultivierung des Bürgertums offenbart sich im Auftreten seiner Angehörigen und in der Art und Weise, wie sie versuchen, eigene Ziele mit rabiatischen Mitteln durchzusetzen. Das zeigt sich nicht zuletzt in der Abwertung schwächer Gruppen.“ Die deutlichsten Anstiege in den Dimensionen Abwertung von Langzeitarbeitslosen, Etabliertenvorrechte, Sexismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie, Behindertenabwertung und Islamfeindlichkeit sind nicht in den prekären, niedrigen Einkommensgruppen auszumachen. Es sind die hohen Einkommensgruppen die sich hier in besonderer Weise hervortun. Wahrlich, ein „Klassenkampf von oben“ (35).

Diese Ergebnisse sind beunruhigend – nicht zuletzt weil sie kein typisch deutsches Phänomen zu sein scheinen, sondern sich auch in anderen europäischen Ländern ausmachen lassen. Eine Studie der schwedischen Ökonomen Dahlberg, Edmark und Lundqvist (2012) zeigt bemerkenswerte Ergebnisse sozialer Ausgrenzungen in Schweden. Man untersuchte dort, wie sich die Zunahme der ethnischen Diversität auf die Zustimmung zu den Maßnahmen sozialer Umverteilung auswirkte. Das erste denkwürdige Ergebnis ist, dass die Zunahme ethnischer Diversität zu einer stärkeren Forderung nach Kürzung von Sozialleistungen führt. Das zweite, noch beunruhigendere Ergebnis ist jedoch, dass diese

Forderung viel weniger von den prekarierten unteren Einkommensgruppen kommt, die um ihre eigenen Zulagen fürchten müssen – es sind die mittleren und hohen Einkommensgruppen, die hier den stärksten Effekt aufweisen. Anzumerken wäre auch, dass sich die Steuerlast im Beobachtungszeitraum 1980–2000 insgesamt nicht deutlich erhöhte (vgl. Steinmo 2003). Die Autoren merken an, dass diese Kopplung einer Abschottung nach unten in Verbindung mit einer fremden- und islamfeindlichen Agenda ein besonderes Kriterium rechtspopulistischer Parteien zu sein scheint, die sich in der Mitte etablieren (Dahlberg et al. 2012: 42).

Soziale Konflikte, die ehemals über Klassen-, Schicht- oder Milieuzugehörigkeiten argumentiert wurden, erhalten kulturelle, ethnische und religiöse Konnotationen, da Klassen-, Schicht- und Milieuentfremdungen auch innerhalb der eigenen ethnischen, ehemals einheimischen Gruppe angestiegen sind und als Distinktionselemente nicht mehr ausreichen. Heitmeyer spricht hier von Statusverlusten, die keineswegs nur ökonomisch und auch nicht unbedingt real sein müssen. Parallel zum messbaren Aufstiegstrend der Kinder von ArbeitsmigrantInnen in ehemals ethnisch homogen strukturierten bürgerlichen Milieus sind auch Verteilungs- und Statuskämpfe spürbar, die ihren Ausdruck in kulturalisierender Distinktion finden. Wenn die türkischstämmige Zahnärztin samt Hausmann und Zweitauto in die besseren Bezirke von Köln-Buch oder Berlin-Frohnau zieht, dann ist sie aufgrund der ihr zugeschriebenen Migrationsressourcen wie Aufstiegswillen, Flexibilität, Empathie, Durchsetzungskraft und Bilingualität (Karakasoglu / Boos-Nünning 2005) eine ernstzunehmende, evtl. auch als Bedrohung empfundene, Konkurrentin um soziales Kapital. Durch die ihr aufgrund von Zugehörigkeitsverweisen zu der Gruppe der Muslime zugewiesenen Defizite kann sich die verunsicherte bürgerliche Mittelschicht Distinktionsmechanismen erhalten, um ihre durch Abstiegsangst und Alltagsrisiko gezeichnete Existenz zumindest identitär stabilisieren zu können.

Dies wiederum führt zu der Annahme, dass unter dem Deckmantel einer sogenannten Islam- und Integrations-Debatte im letzten Jahrzehnt real existierende Ängste vor der Veränderung Deutschlands hin zu einer Einwanderungsgesellschaft verhandelt werden. Diese Debatten artikulieren zwar vermeintlich religionskritische und normenspezifische Trennlinien zwischen dem Islam und der aufgeklärten christlich-jüdischen Kultur (Bruckstein Çoruh 2010), offenbaren aber in Wirklichkeit durch ihre generalisierende Fremdheit den unterschwellig artikulierten Wunsch, unter sich bleiben zu wollen. Dieser besteht trotz der ökonomischen Einsicht, dass Deutschland als Exportweltmeister und global agierender Nationalstaat auf Migration angewiesen ist – aber gewünscht ist nur die nützliche, die effektive, die, die Deutschland nicht abschafft.

Ein großer Verdienst Heitmeyers ist sicherlich, dass er Begriffe etabliert hat, die in ihrer plakativen Kritik etwas so deskriptives haben, dass sie auch ohne die Kenntnis empirischer Datensätze der Öffentlichkeit deutlich machen, worin die Analysen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit des letzten Jahrzehnts gipfeln: in der Warnung vor einer zunehmend „verrohenden Bürgerlichkeit“ getragen von einem „entsicherten Bürgertum“. Sie entschleiern eine identitär, sozial und finanziell verunsicherte deutsche Gesellschaft, der die Grundlage ihrer Verankerung, nämlich die europäische Identität, im Strudel der Schulden, Finanz- und Währungskrise abhanden gekommen ist und die durch einen vermehrt volkswirtschaftlich fokussierten, ökonomistischen Blick auf die Menschen, jene zu entmenslichen beginnt, die dem auferlegten Leistungsstandard nicht entsprechen, indem sie diese zum volkswirtschaftlichen Schaden für die Bundesrepublik Deutschland degradiert. Es sind ja nicht nur Muslime und schlecht ausgebildete Migranten, die als

Schädlinge stigmatisiert werden, sondern zunehmend Langzeitarbeitslose, Hartz IV-Empfänger, bildungsferne deutsch-Deutsche, denen Thilo Sarrazin im Duktus eines Robin Hood, der für das Volk spricht, unterstellt, sie würden sich zu stark reproduzieren, im Gegensatz zur sinkenden Gebährbereitschaft der Eliten (siehe den Beitrag von Albrecht von Lucke: Populismus schwermacht 310ff.).

Die Integrations- und Zugehörigkeits-Debatten der letzten Jahre, die demnach keineswegs nur Muslime betreffen, sondern ebenso Langzeitarbeitslose, Roma, Asylbewerber und andere Minderheiten mit „spezifischen Lebensstilen“ (19), sind demnach auch vor dem Hintergrund des derzeitigen Scheiterns oder des zumindest fragwürdig gewordenen europäischen Projekts zu verstehen, welches ein sicherndes und stabilisierendes Narrativ Nachkriegsdeutschlands war. Zudem beeinflusst die permanente öffentliche Verhandlung der Angst – als Folge der offensichtlichen Widersprüchlichkeit in den Aussagen von Wirtschaftsexperten und Politikern in der Euro-Frage – abwertende Haltungen und Einstellungen der Bürger gegenüber Minderheiten. Die eingesickerte pauschalisierende Abwertung der Minderheiten, die von den „Deutschen Zuständen“ in den Blick genommen werden, wird über die stetige Verbindung mit politischen Metaphern – z. B. spät-römische Dekadenz, Sozialschmarotzer, Integrationsverweigerer, Deutschenfeindlichkeit – zum common sense und rechtfertigt sich mit demokratischen Grundwerten wie Meinungsfreiheit und dem Etikett der berechtigten Gesellschaftskritik, unter welchem selbst krude Ressentiments, Rassismen und Menschenfeindlichkeiten in der bürgerlichen Mittelschicht salonfähig werden. So dienen die argumentativ wahlweise ideologisch, normativ, wertenzentriert oder einfach nur beherzt hergeleiteten Abgrenzungen gegenüber sozial schwachen Gruppen oder jenen mit „spezifischen Lebensstilen“, die breitflächig den öffentlichen Diskursraum und in Folge auch die Politik mitbestimmen, als Scheindebatte, die jene Debatten überlagert, die politisch nicht geführt werden wollen: Jene um den zunehmenden Alltagsrassismus in der bürgerlichen Mitte, die abnehmende Verankerung in supranationalen Gemeinschaften, als Folge einer als gescheitert wahrgenommenen Europäischen Union und vor allem: die ablehnende Haltung gegenüber der steigenden kulturellen und religiösen Heterogenität in Deutschland wie Andreas Zick und Beate Küpper in ihrem Beitrag über den Zerfall der Gesellschaft und die Vorstellung von kultureller Homogenität verdeutlichen (152ff.). Das sich im Wandel befindende Einwanderungsland Deutschland, ist faktisch demographisch längst in einer pluralen Realität angekommen, ohne dies emotional als Normalität zu erfahren. Die Frage nach Hybridität als normalisierendem Element in heterogenen Gesellschaften ist zwar theoretisch im Raum, praktisch wird jedoch weiterhin die Sehnsucht nach Eindeutigkeit bespielt und politisch im Duktus des ‚jetzt-ist-genug‘ die Frage debattiert: Wie viel Vielfalt verträgt eine Gesellschaft? Die Befunde des GMF-Graduiertenkollegs weisen in eine andere Richtung: Sie „widersprechen dem weitverbreiteten und auch politisch gern gestützten Stereotyp, wonach mit steigendem Ausländeranteil die Belastbarkeit der autochthonen Bevölkerung überschritten wird. Die Daten zeigen das Gegenteil [...]“ (209)

Es besteht die Gefahr, dass bei weiterem Einsickern der homogen konstruierten abwertenden und menschenfeindlichen Debatten eine gesamtgesellschaftliche Desintegration langfristig eintreten und irreversibel werden könnte. Dass die gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeiten nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft zu finden sind, ist offensichtlich – ja, seit den „Deutschen Zuständen“ ist es schier unmöglich geworden, Rassismus oder Antisemitismus ausschließlich bei vereinzelt Nazigruppen in der ost-deutschen Provinz zu verorten, auch wenn sie dort besonders normalisiert in der Mitte

etabliert sind, wie Dierk Borstel in diesem Band zu Rechtsextremismus und Demokratiefeindlichkeit verdeutlicht (246ff.). Die Mehrheits-Gesellschaft musste sich durch die Veröffentlichungen der „Deutschen Zustände“ dennoch mindestens einmal jährlich fragen, wie es um sie selber bestellt ist. Dieser Spiegel, der unserer Gesellschaft Jahr um Jahr kurz nach Weihnachten vorgehalten wurde, ist als bemerkenswerte Analyse und Mahnung zu verstehen gewesen, die mit geradezu apokalyptischem Pessimismus endet:

Die „Deutschen Zustände“ entlassen uns nach zehn Jahren mit einem pessimistischen Ausblick: Ließen die Desintegrationstheorie und die Theorien sozialer Ungleichheit, die in den letzten zehn Jahren die guiding lines der Auswertungen waren, noch den Glauben und die Hoffnung auf eine Veränderung der Gesellschaft im Falle der Veränderung von Strukturen zu, erscheint dies zunehmend schwieriger. Die internalisierte und immer selbstverständlicher werdende ökonomistische Sichtweise auf Menschen führt letztlich zu einer Entmenschlichung der Subjektstrukturen und zu dem Verlust dessen, was moderne aufgeklärte Gesellschaften im Innersten zusammenhalten sollte: das Bewusstsein, als Mensch von solidarischer Menschheit abhängig zu sein und Solidarität deswegen selbst zu spenden. Die gesellschaftliche Desintegration geht weniger von den Personengruppen aus, denen mangelnde Integrationsbereitschaft aufgrund struktureller Abhängigkeit nachgesagt wird – was ein Sprechen über Integrationsmaßnahmen nahelegen würde. Sie wird derzeit eher aktiv angetrieben von jenen, die vom Zustand der Prekarität am weitesten entfernt sind. Dies verweist zwar auch auf einen strukturellen gesellschaftlichen Veränderungsbedarf, vor Allem aber auf einen normativen, mentalen und emotionalen. Die Personen aber, die normative, mentale und emotionale Korrekturen in der Gesellschaft einfordern – und nicht nur strukturelle –, werden immer seltener. Einer von diesen Personen geht jetzt. Zu einer falschen Zeit. Wilhelm Heitmeyers Arbeit muss weitergeführt werden, sicherlich mit Verweis auf Heinrich Heine als Namensgeber der „Deutschen Zustände“ – vielleicht aber auch mit Verweis auf einen Zeitgenossen Heinrich Heines: Man muss derzeit vielleicht nicht „Krieg den deutschen Zuständen“ fordern, wie Karl Marx dies 1844 tat (Marx 1844: 380). Kritisieren muss man sie aber laut, deutlich und stetig – „Allerdings“!

Literatur

- Bruckstein Çoruh, Almut Sh. (2010): Die jüdisch-christliche Tradition ist eine Erfindung. Tagesspiegel.de, 12.10.2010, <http://www.tagesspiegel.de/kultur/islam-debatte-die-juedisch-christliche-tradition-ist-eine-erfindung/1954276.html> (10.10.2012).
- Dahlberg, Matz / Edmark, Karin / Lundqvist, Heléne (2012): „Ethnic Diversity and Preferences for Redistribution.“ *Journal of Political Economy* 120(1): S. 41–76.
- Karakasoglu, Yasemin/ Boos-Nünning, Ursula (2005): Viele Welten leben. Zur Lebenssituation von Mädchen und jungen Frauen mit Migrationshintergrund. Münster, München u. a.: Waxmann.
- Marx, Karl (1844/1976): „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung.“ In: Marx, Karl / Engels, Friedrich-Werke. Dietz, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976, S. 378–391.
- Shooman, Yasemin (2012): Vom äußeren Feind zum Anderen im Inneren. Antimuslimischer Rassismus im Kontext europäischer Migrationsgesellschaften, in: Asiatische Deutsche. Vietnamesische Diaspora and Beyond. Hrsg. Nghi Ha, Kien, Berlin 2012, S. 305–320.
- Steinmo, Sven (2003): „Bucking the Trend? The Welfare State and the Global Economy: The Swedish Case Up Close.“ *New Political Economy* 8(1): S. 31–48.